

Systemkonforme Gewerkschaften?

1977

Die moderne Gewerkschaftsbewegung ist ein Produkt der ersten Phase des modernen Kapitalismus, der Phase der freien Konkurrenz. Die kapitalistische Produktionsweise schließt den Produzenten von jeglichem freiem Zugang zu Produktions- und Lebensmitteln ab, zwingt ihn, seine Arbeitskraft zu verkaufen, um die Mittel zum unmittelbaren Lebensunterhalt zu erlangen, und verwandelt somit diese Arbeitskraft in eine Ware. Wie jeder Wareneigentümer begibt sich der Besitzer der Ware «Arbeitskraft» auf den Markt, um diese zu verkaufen. Wie jede Ware wird auch die Ware «Arbeitskraft» letzten Endes zu ihrem Wert, d. h. zu ihrem gesellschaftlich durchschnittlichen Produktionspreis verkauft. Nur befindet sich der Verkäufer der Ware «Arbeitskraft» in einer durch die kapitalistische Produktionsweise bedingten, besonderen, verglichen mit jeder aller anderen Warenbesitzer im Kapitalismus institutionell unterschiedlichen Lage.

Er ist gezwungen, seine Ware zum laufenden Marktpreis zu verkaufen, und er kann dies nicht vom Markt zurückziehen, um eine günstigere Marktlage abzuwarten. Weigert er sich, den laufenden Marktpreis anzunehmen, so gerät er in Gefahr, zusammen mit seiner Familie zu verhungern. Deshalb wird unter normalen Bedingungen des Kapitalismus, vor allem, wenn die strukturelle Arbeitslosigkeit hoch ist (und die beginnende Industrialisierung bedingt dieses hohe Niveau, mit Ausnahme der bevölkerungsreichen Ausdehnungskolonien), die Ware «Arbeitskraft» tendenzuell unter ihrem Wert verkauft.

Die moderne Gewerkschaftsbewegung entsteht als Reaktion der Lohnarbeiter auf diesen Tatbestand. Wird die Konkurrenz zwischen den Verkäufern der Ware «Arbeitskraft» ungehindert, so wird die Lohnabhängigkeit mittels der Tendenz des Sinkens des Lohnes unter die Produktionskosten der Arbeitskraft ausgenutzt. Gewerkschaften sind demnach ein Versuch, die Ausbeutung der Lohnabhängigen einzuschränken und die juristisch garantierte Gleichheit von Käufer und Verkäufer der Ware «Arbeitskraft» wenigstens dadurch einzuschränken, dass der Verkauf nicht mehr individuell, sondern kollektiv stattfindet.

An und für sich sind demnach Gewerkschaften nicht systemsparend im Kapitalismus. Sie sind nicht Mittel zur Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutung, sondern nur Mittel zu einer für die Masse der Lohnabhängigen erträglicheren Ausbeutung.

Sie sollen die Löhne erhöhen, nicht die Lohnarbeit überhaupt aufheben. Aber gleichzeitig sind die Gewerkschaftler an und für sich auch nicht systemkonform im Kapitalismus. Denn indem sie dem Staken der Rendite Einhalt gebieten und wenigstens periodisch und unter bestimmten Bedingungen günstige Fluktuation von Nachfrage und Angebot an Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt zur Hebung des Marktpreises dieser Ware ausnützen können, ersuchen sie der organisierten Masse der Arbeiterschaft ein Minimum an Konsum und Bedürfnissen zu überstößen, so dass Klassenorganisation, Klassenbewusstsein und wachsendes Selbstvertrauen erst in breiterem Ausmass entstehen und die Vorbedingungen für einen systemsparenden Kampf breiterer Massen überhaupt erst erzeugen können.

Um normal funktionieren und sich ausdehnen zu können, benötigt die moderne Gewerkschaftsbewegung zwei wirtschaftliche Vorbedingungen:

Erstens einen Grad der Industrialisierung oder des durchschnittlichen Wirtschaftswachstums, in dem tendenziell mehr Arbeitsplätze entstehen als gleichzeitig durch die Prozesse des Ruins des selbstständigen Handwerks und des selbständigen Bauern sowie durch die Konzentration des Kapitals aufgehoben werden.

Zweitens eine Form des Funktionierens der kapitalistischen Produktionsweise, in der die Bestimmung der Löhne durch die Fluktuationen von Nachfrage und Angebot der Ware «Arbeitskraft», d. h. durch die Marktlage auf dem Arbeitsmarkt, die Lebensinteressen der mächtigsten Schichten der herrschenden Klasse nicht gefährdet. Historisch sind diese Bedingungen nur im Westen, und nur in der frühimperialistischen Phase des Monopolkapitalismus, etwa 1890 bis 1914, verwirklicht worden.

Ist die erste Bedingung nicht erfüllt, so bleiben die Gewerkschaften schwach und wirkungslos, wie dies in Grossbritannien im ersten Teil des 19. Jahrhunderts, im übrigen Westeuropa bis in die

achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts der Fall war, und in den Ländern der sogenannten «Dritten Welt» auch heute noch der Fall ist. Ist die zweite Bedingung nicht erfüllt, so gehört die Grossunterschneidung durch Ausschaltung der freien Gewerkschaften, die nötigen Verwertungsbedingungen des Kapitals wiederherzustellen, wie dies in den ökonomisch schwächeren Ländern Europas zur Zeit der grossen Wirtschaftskrise allgemein geschah.

Die Tatsache, dass Gewerkschaften so und nicht anders geschmiedet werden nach Systemförderung sind, hat seit Ende des 19. Jahrhunderts auch in den ursprünglich von Sozialisten gegründeten Gewerkschaften ähnliche Ansichten der «Neutralität» gegenüber der kapitalistischen Produktionsweise aufkommen lassen, wie sie bei den «reinen» Gewerksvereinen etwa Grossbritanniens schon seit jeher bestanden. Man sollte sich nur auf die Organisation der Lohnabhängigen beschränken, durch die wachsende Macht dieser Organisation die schlimmsten Auswüchse der kapitalistischen Ausbeutung beseitigen, und den Arbeitern einen wachsenden Lebensstandard sichern. Diese Macht würde dann die bürgerliche Gesellschaft zu einer allmählichen Anpassung an objektive Sozialisierungsprozesse zwingen. Das übrige könne man dem allgemeinen Wahlrecht überlassen.

Der von Bernstein offen ausgesprochene Revisionismus entsprach durchaus den Wünschen der führenden Kräfte der Gewerkschaften, die auch die schärfsten Gegner der von Rosa Luxemburg geführten Linken in der Auseinandersetzung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg waren. Diesen Ansichten lag also bestimmte historische Prozesse zugrunde, nämlich jene eines graduellen Abbaus der Klassengegensätze innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise dank der organisierten Kraft der Arbeiterbewegung, an erster Stelle der Gewerkschaften. 60 Jahre später haben englische und amerikanische liberale Nationalökonomien, wie Galbraith, den alten Bernstein mit ihrer Theorie des «unintervallung-powers» und der «gemischten Gesellschaft» wieder aufleben lassen.

Leider hat die Geschichte des 20. Jahrhunderts diese Illusionen eines graduellen Abbaus der inneren Gegensätze der kapitalistischen Produktionsweise keineswegs bestätigt. Seitdem diese Produktionsweise ihre historische Aufgabe der Schaffung des Weltmarktes und der weltweiten Ausdehnung der Warenproduktion erfüllt hatte, zeugt eine lange Reihe von Erschütterungen von der

wachsenden Explosivität dieser Gegensätze: zwei Weltkriege, die grosse Wirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1932, die Ausdehnung des Faschismus in ganz Europa, der Verlust eines Drittels der Erde für die kapitalistische Produktionsweise, eine ununterbrochene Kette von Kolonialkriegen in den letzten 20 Jahren, die furchterliche Gefahr, die der Weltlauf nach Kernwaffen für die Zukunft der Menschheit heraufbeschwört, sind nur einige der wichtigsten Zeugnisse dieser explosiven Gegensätze.

Die aus den Hoffnungen auf einen graduellen, ununterbrochenen Fortschritt geborenen Gewerkschaftstheorien erwiesen sich als unfähig, die neuen historischen Aufgaben, mit denen die Arbeiterbewegung in der Epoche des Kapitalismus konfrontiert wurde, zu erkennen, geschweige denn, sie zu lösen.

Zu festhalten an nur-gewerkschaftlicher Theorie und Praxis musste zwangsläufig zum Schluss führen, dass nur ein kräftiger und gesunder Kapitalismus Lohn-erhöhungen gewähren könne. Darum war man bereit, den Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu spielen, und statt zu versuchen, diesem Kranken zu seinem Ende zu verhelfen, bemühte man sich, den Kapitalismus mit allen Mitteln von seiner Krankheit zu heilen.

Das Paradox endete dort, wo man Lohn-erhöhungen akzeptierte, um einen angepassten Kapitalismus zu erzeugen, d. h., um spätere Lohn erhöhungen zu erreichen. Eine Gewerkschaftsbewegung, die zu solch absurden Schlussfolgerungen gelangte, war offenbar in eine Sackgasse geraten.

Jede Institution unterliegt in einer auf veralgemeinerter Warenproduktion und Arbeitsteilung aufgebauten Gesellschaft der Gefahr der Verdinglichung und der Verelbständigung, d. h. der Gefahr, die ursprüngliche Funktion zu verlieren und nur noch der eigenen Selbsterhaltung zu dienen. Diese Gefahr wird besonders stark, wenn in dieser Institution eine gesellschaftliche Schicht entsteht, deren materielles Interesse engstens mit der Selbsterhaltung der betreffenden Institution verbunden ist. Der Prozess der Verbürokratisierung der Gewerkschaften, der engstens mit dem Hinableiten der Klassenkampftheorie zur Theorie und Praxis der Klassenzusammenarbeit verbunden ist, erklärt so mindestens zum Teil jenes Paradox, das aber auch eigenständige ideologische Wurzeln hat, d. h. den inneren Widersprüchen der «reinen» Gewerkschaftstheorie entspricht. Fing somit die Ideologie der Gewerkschaftsbürokratie an, einen Funktionswandel

der Gewerkschaften zu bestimmen, so wurden allmählich im Zeitalter des Spätkapitalismus immer stärkere objektive Prozesse sichtbar, die in dieselbe Richtung drängten.

Der Spätkapitalismus steht seit den vierziger Jahren im Zeichen der dritten industriellen Revolution, d. h. im Zeichen einer beschleunigten technologischen Erneuerung. Diese beschleunigte technologische Erneuerung bedingt eine Verkürzung des Reproduktionszyklus des fixen Kapitals, der einen wachsenden Zwang in Richtung auf langfristige Investitionsplanung, genaue Kostenplanung und deshalb auch genaue Lohnkostenplanung beinhaltet. Dadurch schrumpft das klassische Tätigkeitsfeld der Gewerkschaften automatisch. Idealmotiv für den organisierten Spätkapitalismus ist eine verallgemeinerte Wirtschafts- und Sozialprogrammation, die es den Grosskonzernen erlaubt, ihre Investitionsprogramme miteinander zu koordinieren, die unter der Herrschaft des Privateigentums an Produktionsmitteln im Wirtschaftsbereich rein indikativ bleiben muss, die aber im Sozialbereich durchaus imperativ wirken soll. Deshalb überall der Druck zugunsten der «konzertierten Aktion», der «Einkommenspolitik», der «sozialen Programmierung».

Hinter all diesen Formeln versteckt sich ein einheitlicher Zweck: Abbau der Tarifautonomie der Gewerkschaften, Verhinderung der Ausfüllung von zeitweilig günstigen Konjunkturlücken auf dem Arbeitsmarkt (Vollbeschäftigung oder gar akute Knappheit an Arbeitskräften) durch die Arbeiterschaft im Sinne von bedeutenden Lohnerhöhungen und (unter Bedingung einer bestimmten Goldpolitik) im Sinne einer bedeutenden Senkung der Mehrwert- und Profite.

Gleichzeitig aber verleiht dieser grundlegende Trend des Spätkapitalismus in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gewerkschaftsbürokratie neue Perspektiven. Es handelt sich jetzt nicht nur darum, die Organisationsmacht am Verhandlungstisch gegenüber den Unternehmervertretern zu verwerfen. Es handelt sich auch darum, in den zahlreichen Gremien der staatlichen und halbstaatlichen Wirtschaftsenkung die Lohnabhängigen zu vertreten. In den skandinavischen Ländern, in Belgien und Holland, in Frankreich und Italien und seit einigen Jahren auch in Grossbritannien hat sich so ein Prozess der breitesten Integration der Gewerkschaftsspitzen in den bürgerlichen Staat abgezeichnet, wobei Gewerkschaftsführer oft mehr Zeit in diesen staatlichen Gremien als in eigentlichen Gewerkschaftsveranstaltungen verbringen.

ideologisch gesehen entspricht diese

weitere Integration der Gewerkschaftsbürokratie in den spätbürgerlichen Staatsapparat derselben Motivation der Klassenzusammenarbeit und derselben graduistischen Illusionen, wie die vorige Welle der Integrationen. Weil der «soziale Fortschritt» durch das «wirtschaftliche Wachstum» bestimmt sei, müsse man halt die Verantwortung für dieses wirtschaftliche Wachstum auf sich nehmen, ohne sich Gedanken zu machen über die Struktur der bestehenden Produktionsweise, die durch dieses Wachstum konsolidierten Klassegegensätze und die Klassenansneutung usw. auf. Weil die Posten in den Verwaltungsräten der verstaatlichten Industrien und Konzerne, weil die Posten im Verwaltungsrat der Zentralbanken, weil die unzähligen Posten in staatlichen Programmierungs- und Planungsgremien als so viele «Positionen» gesehen werden, von denen aus man die bürgerliche Wirtschaft «Schritt für Schritt» erobern könnte, wird die «Mitbestimmung und Mitverantwortung» in der spätkapitalistischen Wirtschaft als eine Mappe zur zukünftigen Sozialisierung bei manchen nicht völlig dem Zynismus verfallenen Gewerkschaftsführern rationalisiert. Der Urtyp dieses Verhaltens wurde vom alten französischen Gewerkschaftsführer Jouhaux geliefert, der nach dem Ersten Weltkrieg freudestrahlend das Dekret, das ihn zum Mitglied des Verwaltungsrats der Banque de France ernannte, den Gewerkschaften vorlegte und ausrief:

«Der erste Nagel im Sarg des Kapitalismus.» Der französische Kapitalismus scheint aber seit 50 Jahren diese Nägel sehr gut überstanden zu haben und ist heute genauso lebendig wie im Jahre 1919...

Die Tendenz zur wachsenden Integration der Gewerkschaftsspitzen in den bürgerlichen Staatsapparat stösst jedoch auf zwei grundlegende Widersprüche im Spätkapitalismus:

Einmal benötigen die Grosskonzerne und bürgerlichen Regierungen diese Teilnahme der Gewerkschaftsbürokratie an der Wirtschafts- und Sozialprogrammierung nur in dem Masse, wie dadurch ein Aufbegehren der Arbeiterschaft gegen die weiterhin zyklische Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise (einmal Vollbeschäftigung mit «Masshalten» in der Lohnpolitik; daraufhin Rezession mit Erwerbslosigkeit und massierte Angriffe der Unternehmer gegen den erreichten Lebensstandard und die gegebenen Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen) erfolgreich abgebaut werden kann. Aber eine wachsende Identifizierung der Gewerkschaftsführung mit der «staatlich gelenkten» Lohnpolitik (wie etwa in Holland und Skandinavien

während langer Jahre) oder mit einer «freiwilligen» Einkommenspolitik (Grossbritannien) muss zwangsläufig auf wachsenden Widerstand der Lohnabhängigen stossen, auf eine Welle von wilden Streiks, auf eine Auslöschung der inneren Beziehungen zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Gewerkschaften. Dies aber verringert die Nützlichkeit der Gewerkschaftsbürokratie in den Augen der Grosskonzerne. Jene bedürfen nämlich einer die Arbeitermassen tatsächlich kontrollierenden und ihre Kämpfe kanalisierenden, nicht aber eine nur nominelle Gewerkschaftsbürokratie, wie das Beispiel der sogenannten «vertikalen» Staatsgewerkschaft in Spanien eindeutig bewiesen hat. Ist die Gewerkschaftsbürokratie zu einer solchen Kontrolle nicht mehr fähig, so wird ihre «Desinte-

gration» aus dem bürgerlichen Staatsapparat die wahrscheinlichere Variante, sei es, dass die Grosskonzerne selbst die Initiative dazu nehmen, sei es, dass die Gewerkschaftsführung eine «Wende nach links» vorantreibt, um die Kontrolle über die Arbeiter agitation wieder zu erlangen.

Andererseits hat aber auch die Tendenz zur wachsenden Wirtschaftsprogrammierung und zum «organisierten» Kapitalismus, die die Integration der Gewerkschaftsbürokratie in den bürgerlichen Staatsapparat bedingt, eine doppelte und widerspruchsvolle Auswirkung auf die Masse der Lohnabhängigen. Diese sind ohne Zweifel in grösserem Masse als vorher der mystifizierenden Demagogie der «Betriebsinteressen» und der vom Bürgertum vorgebehaltenen und nur von Gewerkschaftsseite praktizierten Klassenzusammenarbeit ausgesetzt.

Aber gleichzeitig bedingt die wachsende öffentliche Debatte über gesamtgesellschaftliche Aggregate wie Primärsozialprodukt, Volkseinkommen, Lohnquote, Investitionsquote, Geldlohn, Produktivitätssteigerung usw. auf, die wachsende Möglichkeit eines Interesses fortgeschrittener Arbeiter und Angestellter für gesamtgesellschaftliche und gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge. Genauso wie die Wirtschaft vor dem Ersten Weltkrieg mit ihrem andauernden Guerillakampf über die Verteilung des von der Arbeiterschaft neu geschaffenen Wertes zwischen Unternehmen und Lohnabhängigen zu einer praktischen Schule des Klassenkampfes wurde, sobald der Arbeiterschaft die inneren Zusammenhänge dieses Kampfes verdeutlicht wurden, genauso können die heutigen öffentlichen Auseinandersetzungen über Verteilung des Volkseinkommens und Umfang, Inhalt und Orientierung der Investitionen zu einer praktischen höheren Schule des Klassen-

kampfes werden, wenn die Lohnabhängigen wiederum in breiterem Ausmass über die inneren Zusammenhänge dieser Prozesse mit den der kapitalistischen Produktionsweise innewohnenden Widersprüchen und über deren Ausbeutungscharakter aufgeklärt werden, und wenn die Vermittlung dieser Aufklärung über die unmittelbaren Bedürfnisse und Sorgen der Lohnabhängigen gefunden wird.

Gewiss ist dieses objektive Ergebnis der wachsenden Verquickung von Grosskonzernen, bürgerlichem Staat und staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik keineswegs ein automatisches Produkt des «organisierten» Spätkapitalismus. Eine demokratisch-neoreformistische Strömung, die sich seit den sogenannten «Plateaexperimenten» etwa eines Hendrik De Man in den dreissiger Jahren in der Gewerkschaftsbewegung verbreitet hat, versucht den Übergang des Kampfes für Reformen in der Distributionsphäre zu Kämpfen für Strukturformen als einen grossen Fortschritt an und für sich darzustellen. Die Erfahrung beweist aber immer wieder, dass zwischen neokapitalistischen, das System — sehr oft auf Kosten der Lohnquote! — rationalisierenden und leicht von den Grosskonzernen zu absorbierenden Strukturformen und solchen, die systemprengend wirken, weil sie in die kapitalistische Produktionsweise nicht integriert werden können und letzten Endes dazu führen, dass der Klassenkampf einer Entscheidungsschlacht zustrebt, schärfstens unterschieden werden muss.

Die ersten führen in ihrer Logik zu einer weiteren Integration der Gewerkschaftsbürokratie in den bürgerlichen Staatsapparat, zu einem weiteren Abbau von Kampfwillen und Kampferfahrung der Lohnabhängigen. Der Kampf um die zweiten kann dagegen nur die Gewerkschaftsbewegung radikalisieren und die Masse für weitere und breitere Kämpfe und wachsendes antikapitalistisches Bewusstsein mobil machen.

Die Möglichkeit, von den neuen Formen des Funktionierens der kapitalistischen Produktionsweise selbst auszugehen, um die Gewerkschaftsbewegung und breitere Arbeitermassen auf radikale antikapitalistische Ziele umzuorientieren, entspricht einer spontanen Tendenz des elementaren Arbeiterkampfes auf Betriebsebene, wie er sowohl in dem französischen Generalstreik vom Mai 1968 und in den grossen italienischen Streiks im Herbst und Winter 1969, wie ansatzweise in den zahlreichen wilden Streiks vieler westeuropäischer Länder der letzten zwölf Monate zum Ausdruck kam. Was in diesen grössten Streiks, die es bisher in der Geschichte des Kapitalismus gegeben hat (nahezu zehn Millionen

Streikende in Frankreich, nahezu fünfzehn Millionen in Italien) zum erstenmal schlagartig ausgesprochen wurde, das war eine Herausforderung und eine »Kontestation« nicht nur der kapitalistischen Einkommensverteilung, sondern der kapitalistischen Produktionsverhältnisse selbst. Wie bedeutend auch Lohn- und Arbeitszeitfragen für diese Streikbewegung waren, so bestand das Neue an diesen riesigen Arbeitskämpfen in Westeuropa darin, dass die Streikenden sehr oft spontan, ohne tiefere theoretische Einsicht und mit unbeholfenen Forderungen als Karapfeile nicht nur mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit forderten, sondern die neuen Formen der Entlohnung (Arbeitsplatzbewertung, measured day work usw.), die zur Automatisierung der Arbeiterklasse und zur rationalisierten Kontrolle über die Arbeitskraft im Betrieb führen, in Frage stellten, die Spanne zwischen den am schlechtesten und den am besten bezahlten Schichten der Lohnabhängigen versuchten herabzusetzen, die Arbeitsorganisation im Betrieb angriffen, den Rhythmus des Firmenschrittes selbst versuchten zu bestimmen, ja sogar die innerbetriebliche Arbeitsstellung erschütterten und die Autokratie der Meister und Vorarbeiter, d. h. die ganze hierarchische Struktur des kapitalistischen Betriebes, anfragen zu untergraben. Man kann alle diese neuartigen Forderungen nicht besser zusammenfassen, als in ihrem die Keimform des unmittelbaren Kampfes gegen das Recht und die Macht des Kapitals, Arbeit und Maschinen zu kommandieren, d. h. die Keimform des unmittelbaren Kampfes gegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse selbst zu erkennen.

Gewiss wäre es verfrüht, die französischen und italienischen Streiks, d. h. das Klassenbewusstsein von 25 Millionen westeuropäischer Lohnempfänger, sämtlich auf dieser Natur zu betonen. Noch verfrühter wäre es, in jedem »wildem Streik« jedes westeuropäischen Landes bereits den Ansatz zu diesem französischen oder italienischen Mai oder Herbst, d. h. den Ansatz zu einer solchen wenigstens in Keimform direkten Infragestellung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu sehen. Noch nie war das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung und der zunehmenden Differenzierung der Arbeiterschaft so stark in Westeuropa erkennbar wie heute. Aber es handelt sich darum, das Neue in diesen Kämpfen rechtzeitig aufzudecken und zu erkennen, dass es die Tendenz haben wird, sich allmählich auf alle imperialistischen Länder des Westens sowie auf Japan auszudehnen.

Dem diese neuartige Form der Arbeitskämpfe in den industrialisierten Ländern ist selbst ein Produkt der dritten industriellen Revolution, der sich verändernden Formen der kapitalistischen Produktionsweise.

Beschleunigte technologische Erneuerung bedingt im »organisierten« Spätkapitalismus beschleunigte Strukturkrisen von Gewerben, Industriezweigen und Industriezweigen, beschleunigte Disqualifizierung ganzer Berufsgruppen, beschleunigte Ausbeutung und vor allem ständige Intensivierung des Arbeitsprozesses, aber gleichzeitig beschleunigtes Wiedereinschleusen geistiger Arbeit in den Produktionsprozess, beschleunigte Übung des durchschnittlichen Qualifikations- und Wissensniveaus der Produzenten in den technisch führenden Industriezweigen, beschleunigtes Umsichgreifen der Kontestation der bürgerlichen Herrschafts- und Entfremdungserscheinungen im Bereich der Hoch- und Mittelschule, des Kommunikationswesens, der Lebensgemeinschaft und der Konsumsphäre überhaupt, was unvermeidlich zu einer wachsenden Kontestation derselben Herrschafts- und Entfremdungsbedingungen in der Produktionssphäre führen muss.

Die intelligenteren Schichten der Grosskonzerne und der bürgerlichen Klasse sind sich der grossen Gefahr, die diese neuen Kampfformen und Kampfziele der Arbeiterschaft für das Überleben ihrer Klassenherrschaft mit sich bringen, durchaus bewusst — leider viel mehr als die meisten Gewerkschaftsführer. Demzufolge fällt eine ideologische Kehrtwende dieses Grossbürgertums zeitlich zusammen mit der französischen Mai-Explosion vom Jahre 1968.

De Gaulle lancierte die Lösung der »participation«, die seither offrigt von britischen Tories, von den verschiedensten Strömungen des französischen Bürgertums, von den meisten skandinavischen Kapitalisten (wie auch von den meisten nördlichen Sozialdemokraten), ja sogar von einem Teil der spanischen Grosskonzerne freudig aufgegriffen wurde. Auf deutsch frei übersetzt heisst »participation« »Mithestimmung«. Es zeugt für die wohl bekannte politische Unreife des westdeutschen Bürgertums, dass eine Formel, die anderswo als der letzte Schutzwall vor dem Verlust der Unternehmerautorität in Betrieb, Wirtschaft und Staat erkannt ist, in der BRD noch als eine zu bekämpfende teuflische Gefahr exorziert wird. Denn um einen solchen Schutzwall handelt es sich zweifelsohne. Nachdem breitere Teile

der westeuropäischen Arbeiterschaft in der Tat bewiesen haben, dass weder tarifliche Vorteile auf Reichthums ohne noch wachsende Integration der Gewerkschaftsspitzen in den bürgerlichen Staatsapparat sie davon abhalten können, periodisch in grossen explosionsartigen Kämpfen den Freiheitsstand der kapitalistischen Produktionsweise objektiv in Frage zu stellen, wolle man die epheborischen Grosskonzernwesen Europas im historischen Ziel der letzten Lohnschicht – systematisches Abwälzen des proletarischen Klassenkampfes auf systematisches Verschütten des proletarischen Klassenbewusstseins – auf einem neuen Weg erreichen: dadurch, dass den Gewerkschaften «Mitbestimmung» an der nationalen Lenkung der Wirtschaft und Mitverantwortung an der Wirtschaftsleitung auf Betriebsbasis verliehen wird.

Das Manöver ist so plump, dass es keine Erfolgchancen hätte, wenn nicht bedeutende Teile der Gewerkschaftsführung selbst in dieser Frage solche Verwirrung in den Köpfen der Lohnabhängigen geschäfe hätten, dass manchem von ihnen das Unternehmensmanöver als eine Arbeitererregungsschicht erscheint. Das Manöver ist plump, denn genauso wie die «konvertierte Aktive», die «Wirtschaftspolitik» und die «soziale Programmierung» versucht es, die unterschiedliche Klassenlage, in der sich Arbeiter und Verkäufer der Ware Arbeitskraft in der bürgerlichen Gesellschaft befinden, zu verschleiern.

Da der Arbeiter weder über Reichthum noch über die dazu Reichthum entsprechende Wirtschaftsmacht verfügt, kann sein Lohn nicht durch Unterwerfung auf Regierung festgesetzt, kann die Lohnsteuer an die Quelle sofort und total erhoben, kann – mit Ausnahme der Wirkung des bürgerlichen Staates – auch die gewerkschaftliche Lohnverweigerung im voraus festgesetzt werden. Aber genauso wie es immer in der Geschichte noch keiner bürgerlichen Regierung, auch unter Anführung schwerster Strafen – man denke an das Mexikogeld – gelungen ist, Fesseln und Gesetze einzuführen,

so kann es keinen «Mitbestimmungspremiere» oder «antithesismomente» Verwaltungsrat gelingen, die Gesetze der kapitalistischen Konkurrenz und der Kapitalverwertung auszuschalten, zu verhindern, dass es zu periodischen Wirtschaftsschwankungen kommt, zu verhindern, dass Unternehmer durch die Konkurrenz gezwungen werden, periodisch strenge Rationalisierungsmassnahmen zu treffen, Entlassungen oder

Kurzarbeit einzuführen, den Arbeitsrhythmus zu steigern, die Ausbeutung der Arbeitskraft zu verstärken usw. Mitbestimmung und Mitverantwortung, bei gleichzeitigem Beibehalten des Privateigentums und profitorientierten Wirtschaftgefüges, bedeutet daher unvermeidliche Mitbestimmung und Mitverantwortung für diese blöden kapitalistischen Produktionsweise.

Arbeitervertreter, die dazu bereit sind, müssen unweigerlich mit den unmittelbaren Interessen ihrer Mandanten zusammenstossen, ja sich in Vertreter der «Betriebe» (d. h. der Kapital-)interessen gegen die Arbeiterschaft verwandeln. Es ist schwer, irgendwo auf diesem Wege haltzumachen und zu sagen: bis hierhin und nicht weiter. Haben wir nicht bei den jüngsten «wilden Streiks»

der Gewerkschaftsbewegung entstandene «Arbeitsdirektoren» gesehen, die als echte Unternehmer-Schwächmacher versuchten, die «aufwieglerischen Elemente» aus den Betrieben zu entfernen, ja sogar jegliche Konzession an die Streikenden und jegliche Verhandlung mit ihnen abzulehnen, sogar zu einem Zeitpunkt, wo die Unternehmer selbst bereits eine viel «gemässigttere» Sprache führten?

Eine sich nicht nur in den bürgerlichen Staatsapparat, sondern sogar in die tägliche Betriebsführung des Kapitalismus integrierende Gewerkschaft wäre keine «systemkonforme» Gewerkschaft, sie würde rasch aufhören, überhaupt noch eine wirkliche Gewerkschaft zu sein. Die Lohnabhängigen würden keinerlei Grund mehr erkennen, solchen Arbeitskontrolluren und Arbeitsdirektoren noch Teile des schwer verdienten Lohnes in Form von freiwilligen Beiträgen zuzuschicken. Ein Trend zum Mitgliederschwund würde in grossem Stil einsetzen (man studiere zum Beispiel die Fluktuation einiger solcher «systemkonformer» Gewerkschaften in den USA, die des Bürgerbeiterverbandes während der letzten Jahre).

Da die Unternehmer keinerlei Interesse daran hätten, der Gewerkschaftsbürokratie finanzielle Schwierigkeiten im Tausch für die enge Zusammenarbeit zu verursachen, würde man einem System der Zwangsmässigen Erhebungen von Gewerkschaftsbeiträgen «an der Quelle» durch die Unternehmer selbst, sozusagen einem System von «Lohnsteuer zweiter Hand» zustreben, wie es für die spanischen «vertikalen Gewerkschaften» gilt. Am Endpunkt eines solchen Entstehungsprozesses hätte die Gewerkschaftsbürokratie aufgehört, eine Bürokratie selbständiger Arbeiterorganisationen zu sein. Sie wäre nur noch ein bescheidener Bestandteil der staatlichen

Verwaltungsbürokratie, die für die spät-kapitalistische Gesellschaft die leider zu unberechenbaren Taten neigende und explosionsanfällige Ware »Arbeitskraft« zu verwalten hätte, so wie andere Teile dieser Bürokratie Züge, Autobahnen, Briefmarken, Hochschulen und Panzer verwalten. /

Glücklicherweise sind wir noch weit davon entfernt, zu diesem Schlusspunkt des Prozesses gelangt zu sein. Nur die ersten zögernden Schritte in Richtung auf diese Selbstverleugung und Selbstankündigung der freien Gewerkschaftsbewegung wurden bisher in Westeuropa unternommen. Und alles spricht dafür, dass die bewussteren, radikaleren und kämpferischen Teile der westeuropäischen Arbeiterschaft diesen Prozess rechtzeitig umkehren werden. Diese Umkehrung ist jedoch auf die Dauer nur möglich, wenn die Gewerkschaftsbewegung ihre Haltung zum Problem der inneren Gewerkschaftsdemokratie, zum Problem der neuen, aus der spezifischen Lage des Spätkapitalismus erwachsenen Aufgaben und zum sozialistischen Endziel der Arbeiterbewegung gründlich überholt und neugestaltet.

Mit der Zentralisation des Kapitals hat sich eine andauernd wachsende Zentralisation der Gewerkschaften Schritt gehalten. Es ist dies ein ununterbrochener und vielspaltiger Prozess. Gewerkschaften sind, anders als Parteien, keine Organisationen von Einzelpersonen, keine Verbände, die nur Werkzeuge verkörpern. Sie sind auf einer bestimmten programmatischen Basis stehen und ein bestimmtes historisches Ziel verfolgen wollen. Sie sind im Prinzip Vertreter der unmittelbaren materiellen Interessen aller, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Überall die Ansätze zu Gewerkschaften erfordert ein Mindestmass an abweichendem Klassenbewusstsein, das weitab in den grösseren Ländern des Westens bisher immer nur eine Mindestzahl von Lohnabhängigen erreicht hat.

Die Zentralisation der Gewerkschaften erlaubt es deshalb, der zentralen wirtschaftlichen Macht des Grosskapitals seine Macht entgegenzustellen, als innerlich Lohnabhängige einer Werkstatt, eines Betriebs, einer Stadt oder eines Industriezweigs normalerweise verzerrten könnten. Sie ist deshalb eine notwendige Waffe im Klassenkampf, sie ist allen den Schwächeren, den weniger Organisierten, oder den durch eine besonders wirtschaftliche Lage zu ungünstigen Ausgangsbedingungen beim Ausbruch des Arbeitskampfes Vertriebenen gegenüber. Für eine Aufhebung der gewerkschaftlichen Zentralisation zu

agieren, wäre letzten Endes nur zugunsten der Kapitalistenklasse.

Aber dieselbe Zentralisation, die es den schwächeren Lohnabhängigen erlaubt, günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuhandeln als sie selbst erreichen könnten, droht sich gegen die kämpferischen und Radikaleren zu wenden, sobald ein gewerkschaftlicher Apparat bürokratisch verformt und selbstständig ist. Sie droht die gesamte Grundlage der Gewerkschaften zu untergraben, wenn sie zu einer systematischen Passivität der Gewerkschaftsmitglieder entartet, weil ein immer kleinerer Kreis von Funktionären die zentralen Entscheidungen trifft — einschliesslich der Kompromisse bei Tarifverhandlungen — ohne eine breite Schicht von Aktivisten in den Entscheidungsprozess einzuschalten.

Die übermässige Zentralisation der gewerkschaftlichen Entscheidungsgewalt ist um so gefährlicher, als gerade die Weigerung lebendiger Gewerkschaftsorganisationen, sich der »Einkommenspolitik«, der »sozialen Programmierung« und der »konzertierten Aktion« auf die Dauer zu fügen, periodisch zu scharfen von den Unternehmern orchestrierten Kampagnen gegen die »übermässige Macht der Gewerkschaften« führt (wie dies in Grossbritannien in den Jahren 1967 und 1968 der Fall war), und diese solche Kampagnen nur dann erfolgreich überleben können, wenn sie über die freiwillige und begeisterte Unterstützung von Tausenden und Abertausenden von aktiven Mitgliedern verfügen. Es ist kein Zufall, dass die sonst auch so stark auf »Demokratie« eingeschworene bürgerliche öffentliche Meinung den Gewerkschaften noch mehr Zentralisation einflössen möchte, indem sie der Führung vorwirft, sie lasse der »anarchistischen Zügellosigkeit« der Betriebskader, etwa in Ländern wie Grossbritannien und Italien, zuviel Spielraum. Die Unternehmer möchten gerne, dass die Gewerkschaftsapparate selbst die, von ihrem Standpunkt aus gesehen, unumgängliche »Säuberung« der Betriebe durchführen. Wehe der Gewerkschaft, die sich zu diesem Kurs entschliessen würde; ihre gewerkschaftliche Substanz würde schnell schwinden.

Das einzige Mittel, um die Auswüchse der gewerkschaftlichen Zentralisation zu vermeiden, ist breiteste innergewerkschaftliche Demokratie. Dies bedeutet nicht nur die Pflicht, vor jeder bedeutenden Entscheidung die Mitgliedschaft und das Aktiv weitgehend zu informieren, zu befragen und beschliessen zu

fassen, sondern ebenfalls das Recht von Minderheiten, sich zusammenschließen, um auf Gewerkschaftslagen ihre Anstrengungen wenigstens teilweise ebenso gut koordinieren zu können, wie dies der Apparat vermag.

Es ist bezeichnend, dass der gemässigte Flügel der Gewerkschaften dieses Recht immer selbstverständlicher für sich beansprucht, wenn er sich in einer Minderheitsposition befindet, oder überhört, bald in eine solche Position verdrängt zu werden, seinerseits aber nicht bereit ist, eine radikale Minderheit darzulegen. Recht zuzugestehen, sobald seine Kontrolle über die Organisation wiederum konsolidiert ist. Die Gewerkschaften der Weimarer Republik in den zwanziger Jahren, wie jene der CSSR in den Jahren 1908 und 1909, legen davon berechnetes Zeugnis ab.

Oft wird solchen Gedankengängen entgegengehalten, dass die Gewerkschaftsmitglieder selbst letzten Endes schuld sind an der wachsenden Macht der Apparate, weil die Versammlungen nicht besuchen, kein aktives Mitglied an der Tag legen und oft noch gemässigt sind wie der Apparat. Wir wollen nicht verhehlen, dass ein Körnchen Wahrheit in dieser Auffassung steckt — aber nur ein Körnchen. Denn erstens zeigt Erfahrung immer wieder, dass gelegentlich ganze Arbeitnemmen dem Gewerkschaftsapparat wie im Jahre 1963 in Frankreich und im Jahre 1969 in Italien von tausend Männern vorgebracht, anstatt nur nachzudenken. Und zweitens gilt für die gewerkschaftliche Aktivität, was für das Schwimmen gilt: man kann es nur erlernen, wenn man irgendwann in Wasser springt, das höchst nur Provinz übersteht. Diejenigen, die der Arbeitermasse vorreden, sie solle so wenig gewerkschaftliche Aktivität, sondern sich die Hände stillen, was die Massen vorzunehmen haben, der diese Masse zur Selbsterlösung zur Selbstaktivität und zur Selbstorganisation zu erziehen. Nur eine Gewerkschaftsstrategie, die ganz systematisch auf eine solche Beziehung in der täglichen Kampfpraxis ausgeht, kann eine zufriedenstellende Linie in der Gewerkschaftstätigkeit breiter Massen erzeugen. Eine Gewerkschaftsstrategie, die der Massen der Mitglieder jede Möglichkeit und jedes Gefühl, dass sie selbst Initiative im Kampf ergreifen kann nimmt, kann nur eine Kombination wachsender gewerkschaftlicher Passivität und periodischer Explosionen innerhalb des Rahmens der Gewerkschaften erzeugen. Eine auf aktive Initiative der Basis im Klassenkampf ausgerichtete Gewerkschaftsstrategie ist aber notwendig, die die neuen Aufgaben entspricht, die

der Gewerkschaftsbewegung aus der jetzigen Entwicklungsphase des Kapitalismus erwachsen. Wir sagen bereits, dass sich immer mehr Arbeiterkämpfe spontan in Richtung auf die Infragestellung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse bewegen. Die Strategie, die dieser spontanen Tendenz entspricht, ist jene der Arbeiterproduktionskontrolle. Im Gegensatz zur «Mitbestimmung» geht die Strategie der Arbeiterproduktionskontrolle davon aus, dass Tarifautonomie der Gewerkschaften einerseits und Mitverantwortung für die Profitmaximierung der Betriebe und Konzerne andererseits, dass Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen einerseits und das sich den Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Produktionsweise fügen andererseits, grundlegend unvereinbar sind. Sie fordert deshalb Kontroll- und Veto-Recht für Lohnabhängige, nicht aber Mitverantwortung für die Verwaltung kapitalistischer Betriebe und kapitalistischer Wirtschaft.

«Arbeiterkontrolle im Kapitalismus: Mitbestimmung im Sozialismus», in diese knappe Formel hat der verstorbene stellvertretende Generalsekretär des Belgischen Gewerkschaftsbundes FGTE, André Renard, die gewerkschaftliche Doktrin in diesem Sachbereich zusammengefasst. Sie scheint uns völlig zuzutreffen.

Arbeiterproduktionskontrolle erfordert aber weitgehende Initiative auf der Ebene des Konzerns und des Betriebs, ja sogar auf der Ebene der Werkstatt und jedes Fließbandes. Der Kampf um Arbeiterproduktionskontrolle schafft Keimformen der Selbstorganisation aller Lohnabhängigen am Arbeitsplatz, wie dies heute am Beispiel des größten Betriebes Westeuropas, der Turiner Fiat-Werke, erstmalig seit Jahrzehnten wieder der Fall ist. Einen solchen Delegierten-Körper in die Gewerkschaftsorganisation integrieren und gar gesetzlich untermauern zu wollen heißt, seine Eigenart völlig zu verkennen. Es handelt sich vielmehr um eine Erweiterung des Tätigkeitsfeldes der Werkstätigen im Betrieb, die sich nicht mehr auf Tarifverhandlungen beschränken und durch das Ergebnis dieser Verhandlungen einschränken lassen wollen. Diese Selbstorganisation der Werkstätigen am Arbeitsplatz muss völlige Autonomie bewahren, um zum Zuge zu kommen; sie ist Keimform eines Systems von Doppelherrschaft auf Betriebsebene, die ihrerseits nur Keimform einer Räteordnung sein kann. Darin liegt ihre Besonderheit und ihre Aufgabe. Aber sie kann und wird auf die Tätigkeit der Gewerk-

schaftsmitglieder im Betrieb rückwärts, deren Aktivität stimulieren, und die gewerkschaftliche Demokratie fördern, solange sie Ausdruck einer wachsenden Anteilnahme der Masse der Lohnabhängigen an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bleibt.

In dieselbe Richtung einer geschärfteren Artikulation von Zentralisierung und inorganisch-kapitalistischer Gegenkräfte drängt noch eine andere neue Aufgabe, die den Gewerkschaften aus der Entwicklung des Spätkapitalismus zukommt: jene der stärkeren internationalen Zusammenarbeit und Integration. Im Zeitalter des multinationalen Konzerns ist dies das einzige Mittel, um der raschen Auftragsverlagerung von Land zu Land, der raschen Gegeneinander-Ausspielen von Werktätigen mit relativ geringeren gegen Werktätige mit relativ höheren Löhnen seitens dieser internationalen Konzerne wenigstens teilweise zu entgehen. Bisher haben die großen Gewerkschaftsapparate in der Frage der internationalen Aktion völlig versagt. Man wartet immer noch auf den ersten europäischen Streik, wo es bereits so viele europäische Konzerne gibt. Und wenn die Arbeiter eines solchen Konzerns in einem Lande streiken oder die Streikenden eines Industriezweiges durch rasches Herbeiführen konkurrierender Ware aus einem Nachbarland in der Wirksamkeit ihres Streiks schwer gestört werden, dann hat bisher die willkürlich-kapitalistische Gewerkschaftsbewegung weniger für internationale Solidaritätsversuche als kleine radikale Minderheitsgruppen.

Eine solche internationale Zusammenarbeit und Integration ist jedoch undenkbar auf der Ebene der bürokratischen Zentralisation. Hier muss gleichzeitig auf Konzern- und Betriebsbene und auf der Ebene von Branchenverbänden gehandelt werden. Und nur kann die Gewerkschaftsbewegung die Pflicht, mit dem eigenen erwerblichen Beispiel vorangehend zu beweisen, dass die These, es gebe in der heutigen Welt überhaupt kein Mittel, um durch technischen Fortschritt bedingte Zentralisierung mit wachsender Selbsttätigkeit und Selbstbestimmung aller Menschen zu verknüpfen, nur der bürgerlichen und der bürokratischen Logik, keineswegs aber der Wirklichkeit entspricht.

Ein konservativer britischer Technokrat, Michael Rose, spricht die Befürchtung aus, die Verallgemeinerung kybernetischer Lenkungsansätze in Wirtschaft und Staat könne zu einer gewaltigen Konzentration an Entscheidungsgewalt in wenigen Händen führen, gegründet auf das Monopol des Zugangs zu der so aufgehäuften Internationalen Masse¹. Mehrere bürgerliche Nationalökonomien haben den Gedanken geäußert, dass in spätestens 15 Jahren etwa 200 internationale Grosskonzerne die Wirtschaft der «freien Welt» beherrschen würden. Dass ihnen das Paradox verborgen bleibt, das darin liegt, eine durch solche Konzentration von Wirtschaftsmacht gekennzeichnete Welt noch «frei» zu nennen, zeugt nur für die so typische Problemblindheit dieser bürgerlichen Nationalökonomien.

Eine «frühlich-demokratische Ordnung», in der tatsächlich alle grossen strategischen Entscheidungen, die das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben breiter Massen bestimmen, durch diese Massen selbst getroffen werden, in der sich der Zugang zu allen wichtigen Informations- und Wissensquellen verallgemeinert, wo also Zentralisierung der Technik mit weitestest Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse verbunden wird, ist nur möglich auf Grund des Gemeineigentums an Produktionsmitteln und ihrer Verwaltung durch demokratisch-zentralistische, d. h. geplante Selbstverwaltung von Produzenten und Konsumenten.

Die Gewerkschaften werden ihre aus der letzten Entwicklung des Spätkapitalismus entsprungenen Aufgaben nur lösen können, wenn sie sich wieder voll durch dieses sozialistische Endziel, das noch nie so relevant war wie heute, in ihrer täglichen Praxis lenken lassen. «Systemkonzerne» Gewerkschaften kann es im Spätkapitalismus nicht geben. «Systemkritische» Gewerkschaften aber erfordern bewusste Sozialisten an ihrer Spitze.

¹ Michael Rose: «Computers, Managers and Society», Penguin Books, 1969, S. 253-257.